



Aktueller Begriff

Entzug des passiven Wahlrechts aufgrund strafrechtlicher Verurteilung

Dem [Koalitionsvertrag](#) zufolge beabsichtigt die Regierungskoalition, „im Rahmen der Resilienzstärkung unserer Demokratie“ den „Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung“ zu regeln (S. 90).

Strafrechtlicher Kontext

Der Entzug des passiven Wahlrechts infolge einer strafgerichtlichen Verurteilung ist derzeit in § 45 [Strafgesetzbuch](#) (StGB) normiert. Nach § 45 Abs. 1 StGB verliert demnach **kraft Gesetzes** für die Dauer von **fünf Jahren** „die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen“, wer wegen eines **Verbrechens zu Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr** verurteilt wird (zum Verbrechensbegriff vgl. [Aktueller Begriff Nr. 17/25](#)). Nach § 45 Abs. 2 StGB besteht des Weiteren die Möglichkeit, dass das **Strafgericht** das passive Wahlrecht für die Dauer von zwei bis zu fünf Jahren aberkennt, wenn das Gesetz eine solche Möglichkeit – etwa bei den einzelnen Straftatbeständen – besonders vorsieht. Der Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB, vgl. [Aktueller Begriff Nr. 78/09](#)) ist aufgrund seines Strafrahmens nicht als Verbrechen, sondern als Vergehen ausgestaltet, so dass ein automatischer Verlust der Wählbarkeit nach § 45 Abs. 1 StGB bei einer Verurteilung derzeit von vornherein nicht in Betracht kommt. Da der Volksverhetzungsparagraph auch keine besondere Regelung zur Aberkennung der Wählbarkeit enthält, ist der Verlust des passiven Wahlrechts allein aufgrund einer oder mehrerer Verurteilungen wegen Volksverhetzung derzeit nicht möglich.

Ratio und Anwendungsbereich

Vorentwürfen der heutigen Regelung zufolge verfolgt die Aberkennung der Wählbarkeit „nicht den Zweck der Anprangerung oder Bloßstellung des Verurteilten, sondern die Aufgabe der Reinhaltung des öffentlichen Lebens“ ([BT-Drs. IV/650](#) vom 04.10.1962, S. 164): „Bei Entscheidungen, die im Namen des Staates getroffen, bei Handlungen, die in seinem Namen vorgenommen werden, und bei der Bildung des Gesamtwillens muß es möglich sein, Personen von einer Einflußnahme auszuschließen, die sich schwerster Straftaten schuldig gemacht haben“ (BT-Drs. IV/650, S. 163). In der **Strafrechtslehre** wird § 45 StGB überwiegend kritisch gesehen und etwa als „Relikt früherer Ehrenstrafen“, kriminalpolitisch „mehr als fragwürdig und entbehrlich“ (Kinzig Rn. 1 m.w.N.), „Zufallsstrafrecht“ (Albrecht Rn. 2) und „gesetzgeberischer Fehlgriff“ (Nelles JZ 1991, 17) bezeichnet (vgl. auch [WD 7-3000-029/24](#)). Auch die **Verfassungsmäßigkeit** von § 45 StGB wird kontrovers beurteilt (vgl. hierzu [WD 3-3000-023/25](#)). Seinem **Anwendungsbereich** nach erstreckt sich § 45 StGB auf **öffentliche Wahlen**. Hierzu zählen nicht etwa nur die Wahlen zum Deutschen Bundestag und den Landesparlamenten, sondern auch zu Bezirks- und Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten sowie Wahlen *in* diesen Gremien (Schneider Rn. 24). Erfasst sind ferner Wahlen zu und in Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und

entsprechenden Ausschüssen – etwa dem Richterwahlausschuss nach dem [Richterwahlgesetz](#) –, die Organe der Sozialversicherung, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts verfassten Organe berufsständischer Organisationen, die Vollversammlungen, Vorstände, Präsidien und Ausschüsse der Industrie- und Handelskammern, der Rechtsanwaltskammern, der Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker und Architekten sowie der Handwerkskammern (Schneider Rn. 25 ff. m.w.N.).

Rechtsfolgen

Der Verlust der Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, wirkt nicht nur in die Zukunft hinein. Vielmehr verliert die verurteilte Person – soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt – zugleich ihre sämtlichen entsprechend erworbenen **Rechtsstellungen und Rechte** (§ 45 Abs. 4 StGB). Bei Mitgliedern des Deutschen Bundestages bedarf es zusätzlich zu dem rechtskräftigen Strafurteil eines Beschlusses des **Ältestenrats** über den Verlust der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag (§§ 47 Abs. 1 Nr. 3, 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 15 Abs. 2 Nr. 2 [Bundeswahlgesetz](#)). Die unverzüglich von Amts wegen zu treffende Ältestenratsentscheidung soll dabei keine Nachprüfung der richterlichen Entscheidung beinhalten, sondern sich darin erschöpfen, diese zur Kenntnis zu nehmen, ihre Rechtskraft zu prüfen und den Zeitpunkt des Ausscheidens festzulegen (Austermann Rn. 6). Eine weitere gravierende Rechtsfolge sieht das [Parteiengesetz](#) (PartG) vor: Eine bestehende **Parteimitgliedschaft** erlischt durch den Richterspruch kraft Gesetzes, also ohne gesondertes Ausschlussverfahren (§ 10 Abs. 1 Satz 4 PartG, vgl. Morlok Rn. 7).

Regelungsoptionen

Im geltenden Strafrecht existieren zahlreiche Vergehenstatbestände, die das Gericht durch Verweis auf § 45 Abs. 2 StGB ausdrücklich zur Aberkennung des passiven Wahlrechts ermächtigen, wenn eine bestimmte Mindeststrafe verhängt wurde (sechsmonatige Freiheitsstrafe, vgl. §§ 92a, 101, 102, 108c, 108e, 129a StGB, oder Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr, vgl. §§ 109i, 264 StGB). Beabsichtigte der Gesetzgeber, die Aberkennung der Wählbarkeit zukünftig auch bei einer Verurteilung wegen Volksverhetzung zu ermöglichen, könnte er dies durch die Aufnahme eines derartigen Verweises in § 130 StGB erreichen. Alternativ käme grundsätzlich auch in Betracht, den Strafraum von § 130 StGB zu modifizieren und die Volksverhetzung oder einzelne ihrer Begehungsformen durch eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe zum Verbrechen hochzustufen, wodurch bei Verurteilung zu Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr § 45 Abs. 1 StGB unmittelbar griffe. Eine gesetzliche Regelung hingegen, wonach relevanter Faktor für eine Aberkennung der Wählbarkeit eine „mehrfache“ strafrechtliche Verurteilung wäre, existiert bislang nicht. Vorbehaltlich ihrer konkreten Ausgestaltung und rechtssystematischen Einbettung könnte eine solche Regelung komplexe rechtliche Fragestellungen aufwerfen, etwa hinsichtlich des strafrechtlichen Schuld(maß)prinzips bzw. der Strafzumessung (vgl. Schneider Rn. 1 m.w.N.) sowie des Grundsatzes *ne bis in idem* (vgl. hierzu [Aktueller Begriff Nr. 20/23](#)).

Quellen und Literatur:

- Albrecht: Kommentierung von § 45 StGB in NomosKommentar StGB, 6. Auflage 2023.
- Austermann: Kommentierung von § 47 BWahlG in Schreiber, Bundeswahlgesetz, Kommentar, 12. Auflage 2025.
- Hoven, [Riskanter Plan](#), ZEIT Online vom 11.04.2025.
- Kinzig: Kommentierung von § 45 StGB in Tübinger Kommentar StGB, 31. Auflage 2025.
- Morlok: Kommentierung von § 10 PartG in NomosKommentar Parteiengesetz, 2. Auflage 2013.
- Schneider: Kommentierung von § 45 StGB in Leipziger Kommentar StGB, 14. Auflage 2025.